

Unicef fordert gezielte Kinder-Förderung

Wohltaten „aus der Gießkanne“ helfen nicht – 1,1 Millionen junge Menschen leben in Armut

Von Rasmus Buchsteiner, RNZ Berlin

Berlin. Was tun gegen Kinderarmut? Kaum haben die schwarz-roten Koalitionsverhandlungen begonnen, schlägt Unicef Alarm und fordert eine gezieltere Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher in Deutschland. „Jedes Kind hat ein Recht darauf, dass wir ihm helfen, einen Platz im Leben zu finden“, so Jürgen Heraeus, der Chef der deutschen Unicef-Sektion. „Wir dürfen nicht hinnehmen, dass eine große Gruppe von Kindern einfach abgehängt wird.“

Nach einem neuen Unicef-Report verbringen rund 1,1 Millionen Heranwachsende in Deutschland einen Großteil ihrer Kindheit in Armut. Je länger dieser Zustand anhält, desto schlechter sind laut Studie ihre Bildungschancen und ihr Selbstvertrauen. Unicef pocht deshalb auf eine Kehrtwende in der Familienförderung: „Statt mit der Gießkanne Wohltaten

für alle zu verteilen“ sei es an der Zeit, die am stärksten benachteiligten Kinder stärker in den Fokus zu nehmen. Damit sind insbesondere Kinder alleinerziehender Mütter gemeint. Bei ihnen beläuft sich das Armutsrisiko auf 40 Prozent.

Deutschland liegt im Vergleich der OECD-Staaten beim Thema Kinderarmut im Mittelfeld. Im zurückliegenden Jahrzehnt waren allerdings 8,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen über mehrere Jahre hinweg von Armut betroffen. 6,9 Prozent lebten sieben bis elf Jahre lang in einem Haushalt, der mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen muss.

Der Autor der Studie – der Berliner Soziologe Hans Bertram – warnt vor stark negativen Folgen längerer Phasen von Kinderarmut, vor falscher Ernährung, zu wenig Sport, exzessivem Computerspielen, höherer Gewaltneigung und einem geringeren Selbstwertgefühl.

Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD geht es nun um die Zukunft der milliardenschweren Familienförderung. CDU und CSU plädieren für eine Angleichung der steuerlichen Freibeträge von Kindern und Erwachsenen sowie eine Erhöhung des Kindergeldes um etwa 35 Euro je Kind. Die SPD spricht sich gegen eine „Gießkannenförderung“ aus und möchte das Kindergeld lediglich für Familien mit weniger als 3000 Euro Einkommen anheben.

Auch Unicef meint, es sei sinnvoll, das Kindergeld je nach Bedürftigkeit unterschiedlich stark zu erhöhen. „Im Grunde genommen sollte man auf Dauer auf eine Kindergrundsicherung zusteuern“, so Familienforscher Bertram. Finanzielle Förderung reiche allerdings nicht aus. Es gehe auch um eine kulturelle und materielle Grundsicherung. Wie Bertram sagt: „Die besten Schulen müssten eigentlich in den schlechtesten Stadtteilen sein.“